

**Tagesordnung 1 Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 02.05.2007**

Vorlage Nr. 07-V-80-6001

***Vergabep Praxis der Landeshauptstadt Wiesbaden;  
Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0437 vom  
06.12.2006***

---

**Beschluss Nr. 0163**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 derzeit in Hessen mangels rechtlicher Grundlage bei städtischen Aufträgen weder die Tariftreue noch die aktive Berufsausbildung durch die Unternehmen berücksichtigt werden dürfen und daher auch nicht berücksichtigt werden,
  - 1.2 der Magistrat das Land Hessen hinsichtlich der Schaffung der dafür erforderlichen Rechtsgrundlage angeschrieben hat,
  - 1.3 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts insoweit für Vergaben von hessischen öffentlichen Stellen keine Wirkung entfaltet, als sich dieses ausschließlich darauf erstreckt, ob ein nichthessisches Landesgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist.
2. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung nimmt die Zusage des Magistrats (Bürgermeister Dr. Müller) zur Kenntnis, wonach das Schreiben gemäß Ziffer 1.2 dieses Beschlusses den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden wird.
3. Es wird weiterhin zur Kenntnis genommen, dass zu diesem Schreiben noch keine Antwort vorliegt.

(antragsgemäß Magistrat 20.03.2007 BP 0267, Ziffern 2. und 3. ergänzt durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung)

**Wiederaufnahme in die Tagesordnung 20.06.2007**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2007

Horschler  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2007

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .05.2007

Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister